



REPUBLIK ÖSTERREICH
BUNDESKANZLERAMT

A-1014 Wien, Ballhausplatz 2
Tel. (0222) 531 15/0
Fernschreib-Nr. 1370-900
DVR: 0000019

GZ 922.522/9-II/2/90

An das
Präsidium des Nationalrates

1010 W i e n

Betrifft	GESETZENTWURF
Zl.	50 - GE 910
Datum:	24. SEP. 1990
Verteilt	28. Sep. 1990

Sachbearbeiter

Klappe/Dw

Ihre GZ/vom

Lukas

2267

Dr. Bauer

Betrifft: Stellenplan - BM für Justiz;
Entwurf eines Forderungsexekutions-Änderungsgesetzes
- FEÄG

Das Bundeskanzleramt - Sektion II übermittelt als Beilage
25 Ausfertigungen seiner im Gegenstand genannten Stellungnahme
zur gefälligen Kenntnis.

20. September 1990
Für den Bundesminister für
Gesundheit und öffentlicher Dienst:
JABLONER

Für die Richtigkeit
der Ausfertigung:

[Signature]



REPUBLIK ÖSTERREICH
BUNDESKANZLERAMT

A-1014 Wien, Ballhausplatz 2
Tel. (0222) 531 15/0
Fernschreib-Nr. 1370-900
DVR: 0000019

GZ 922.522/9-II/2/90

Bundesministerium für Justiz

1010 W i e n

Sachbearbeiter

Klappe/Dw

Ihre GZ/vom

Lukas

2267

12.100/29-I 5/90
16. Mai 1990

Betrifft: Stellenplan;
Entwurf eines Forderungsexekutions-Änderungsgesetzes
- FEÄG

Zum Entwurf des Forderungsexekutions-Änderungsgesetz (FEÄG)
wird seitens des Bundeskanzleramtes - Sektion II wie folgt
Stellung genommen:

Aus der Sicht der Planstellenbewirtschaftung bestehen gegen den
vorliegenden Entwurf Bedenken, und zwar:

1. Die bloße Anführung im Vorblatt, daß der vorliegende
Gesetzesentwurf einen personellen Mehrbedarf bewirken wird,
ohne entsprechende Kalkulationen und Begründungen in den
Erläuterungen festzuhalten, kann nicht akzeptiert werden.
2. Aus dem allgemeinen Teil der Erläuterungen kann weiters
nicht abgeleitet werden, wie das Ressort die Qualität dieses
Mehrbedarfs ermittelt hat.

Auch aus dem besonderen Teil der Erläuterungen lassen sich
keine Anhaltspunkte finden, die qualitative und quantitative
Aspekte für diesen Personalbedarf liefern.

- 2 -

3. Zur Kostenberechnung ist zu bemerken, daß unter Zugrundelegung von S 400.000.- (Jahreskosten) für einen Bediensteten des gehobenen Dienstes und S 280.000.-- (Jahreskosten) für einen Bediensteten des mittleren Dienstes (inkl. aller Lohnnebenkosten, exkl. der Arbeitsplatzkosten) sich im Personalaufwand Jahresmehrkosten von S 4,8 Mio. ergeben.

Die offensichtlich geschätzten Arbeitsplatzmehrkosten im Sachaufwand von jährlich S 1 Mio. scheinen hingegen realistisch.

Zusammenfassend ist zu bemerken, daß es dem BM für Justiz möglich sein müßte, aufgrund von Erfahrungswerten eine entsprechend nachvollziehbare Bedarfskalkulation zu erstellen, welche in den allgemeinen Teil der Erläuterungen Eingang finden müßte.

Wegen der Überschreitung des Endes der Begutachtungsfrist wird auf das Telefonat vom 14. September 1990 zwischen dem ho. Sachbearbeiter, MR Mag. LUKAS, und dem do. Sachbearbeiter, Dr. MOHR, Bezug genommen, in welchem eine Fristerstreckung bis 21. September 1990 vereinbart worden ist.

Unter einem ergeben 25 Ausfertigungen dieser Stellungnahme an das Präsidium des Nationalrates.

20. September 1990
Für den Bundesminister für
Gesundheit und öffentlicher Dienst:
JABLONER

Für die Richtigkeit
der Ausfertigung:

